



Newsletter Nr. 3/2018

des DVPB Landesverbandes Rheinland-Pfalz

verfasst von: *Michael Sauer (Landesvorsitzender) unter Mitwirkung von Klaus Barheier, Kerstin Pohl und Silke Schneider*

Inhalt

1. Aktuelles
2. Die DVPB beim Demokratietag
3. Antisemitismus-Konferenz Februar 2019
4. Kooperationen mit der Fridtjof-Nansen-Akademie
5. Kooperation mit dem Haus des Erinnerns
6. Aus aktuellem Anlass: AfD-Meldeplattform für LehrerInnen in Hamburg (Beitrag von Prof. Kerstin Pohl)
7. Literaturempfehlungen

1. Aktuelles

Sehr geehrte Mitglieder,

in der zweiten Jahreshälfte haben wir mit unserer Teilnahme am Demokratietag (vgl. Nr. 2) und den Tagen der Politischen Bildung noch zwei sehr wichtige Veranstaltungen vor uns.

Für die **19. Tage der Politischen Bildung am 22./23. November in Landau** sind nur noch wenige Plätze verfügbar. Bei Interesse sollten Sie sich umgehend [anmelden](#).

Der politische Prozess im Bildungsministerium zur **Erhöhung der Stundenanzahl** des Faches Sozialkunde in der Sekundarstufe I, den wir seit Jahresbeginn intensiv begleiten, ist noch nicht abgeschlossen. Wir hören aus dem Ministerium, dass es wohl noch einige Zeit dauern könnte, bis beschlossen wird, ob und welche Art der Aufstockung es geben wird. In den nächsten Monaten findet hierzu auch eine Anhörung der Fachverbände im Ministerium statt. Ich werde Sie weiterhin auf dem Laufenden halten.

2. Die DVPB beim Demokratietag

Die DVPB wird beim 13. Demokratietag am 18. Oktober im KING & WBZ Ingelheim dabei sein.

Neben unserem obligatorischen Stand auf dem „Markt der Begegnung“ beteiligen wir uns im Rahmen des im letzten Jahr gegründeten Bündnisses „Demokratie gewinnt“ an der Veranstaltung. Das Programm auf der Hauptbühne wird zentral dem Bündnis gewidmet, der große Saal im KING soll auch visuell das Bündnis repräsentieren. Deshalb werden auf Plakaten alle Bündnismitglieder vorgestellt.

Erstmals gibt es nach der offiziellen Begrüßung durch Ministerpräsidentin Malu Dreyer (12 Uhr) zwischen 12:30 und 13:30 Uhr ein „Meet & Eat“ mit dem Bündnis, bei dem jeder Bündnispartner an einem Stehtisch die Rolle des „Tischgastgebers“ spielt und das Gespräch mit den TeilnehmerInnen des Demokratietages sucht.

Zwischen 14:30 und 15:30 Uhr werden inhaltliche Fragen aus den unterschiedlichen Perspektiven der TeilnehmerInnen im Rahmen des World-Café „Im Dialog: Debatten der Demokratie“ diskutiert.

DVPB-Schatzmeister Volker Rith beteiligt sich mit seinen Schülern der IGS Stromberg mit einem eigenen Programmpunkt am Demokratietag.

Wir würden uns freuen, Sie im Rahmen des Demokratietages bei uns am Stand oder beim „Meet & Eat“ begrüßen zu dürfen.

3. Antisemitismus-Konferenz Februar 2019

Ein Kooperationsteam aus der DVPB Rheinland-Pfalz, der Landeszentrale für Politische Bildung, dem Bildungsministerium, dem Erziehungswissenschaftlichen Fort- und Weiterbildungsinstitut (EFWI), dem Wochenschau Verlag, unterstützt von der OSZE, bietet für den 14./15. Februar 2019 eine **Fachtagung zum Thema „Antisemitismus als Herausforderung für die politische Bildung“** in Mainz an. Die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung hat Ministerpräsidentin **Malu Dreyer** übernommen, den Eröffnungsvortrag hält **Bundespräsident a.D. Christian Wulff**.

Der Auftakt der Veranstaltung findet am 14. Februar im Festsaal der Staatskanzlei statt. Für die Workshops/Vorträge des zweiten Tages haben wir hervorragende Experten gewinnen können.

Inhaltlich möchte diese Tagung die verschiedenen Erscheinungsformen des aktuellen Antisemitismus, seine Motive, die Wahrnehmung des Antisemitismus durch die jüdische Bevölkerung sowie Präventionsmöglichkeiten und Gegenstrategien aufzeigen. Wichtig ist hierbei, Antisemitismus nicht nur als historisches Phänomen zu begreifen, sondern seine aktuelle Relevanz zu verdeutlichen und alltägliche Erscheinungsformen zu identifizieren. Um impliziten bzw. versteckten Antisemitismus erkennen und ihm entgegenzutreten zu können, müssen Stereotype, Umdeutungen von Alltagssprache und vieles mehr erkannt werden.

Hierzu sollen für das pädagogische Tätigkeitsfeld der Lehrerinnen und Lehrer, der Erzieherinnen und Erzieher, der (Jugend-)Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie der Mitarbeitenden in außerschulischen Jugend-

und Bildungsprojekten neue Formate, Methoden und Zugänge für den schulischen und außerschulischen Kontext thematisiert werden.

Den Programmflyer mit der Einladung erhalten Sie Mitte Oktober.

Rheinland-pfälzische Lehrkräfte (aller Fächer) und Mitglieder der Schulleitung können sich ab Mitte Oktober [anmelden](#). Teilnehmer aus dem außerschulischen Bereich können sich [hier](#) anmelden.

4. Kooperationen mit der Fridtjof-Nansen-Akademie

Mit unserem Kooperationspartner Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim werden wir 2019 noch intensiver zusammenarbeiten. Wir freuen uns darüber, dass nächstes Jahr die **20. Tage der Politischen Bildung** im WBZ als Kooperation von DVPB, EFWI und FNA stattfinden können. Es wird dann thematisch um die veränderte Rolle der Medien, neue Medien und ihre Bedeutung für die Politische Bildung gehen.

Außerdem planen wir für 2019 eine **Exkursion zum Bundesverfassungsgericht** nach Karlsruhe als eintägige Fortbildungsveranstaltung. Die Exkursion wird begleitet von DVPB-Mitglied Prof. Dr. Marcus Höreth.

Ab 2020 bieten wir dann mit der Fridtjof-Nansen-Akademie wieder eine **Israel-Palästina-Studienfahrt** an. Sie ist zurzeit für die Frühlingsferien im Februar 2020 geplant.

5. Kooperation mit dem Haus des Erinnerns

Im September fand eine Sitzung des Landesvorstandes der DVPB im Haus des Erinnerns (vertreten durch Hans Berkessel) in Mainz statt. Im Rahmen dieser Sitzung wurden vereinbart, gemeinsam mit dem HdE Veranstaltungen anzubieten und Projekte durchzuführen.

Zum HdE (Text von Joachim Schulte, HdE):

Ein Lernort für Demokratie und Akzeptanz in Mainz

Im April 2018 hat das „Haus des Erinnerns -für Demokratie und Akzeptanz“ in Mainz eröffnet.

Das Haus ist ein Ort, der das Bewusstsein für Demokratie und Akzeptanz verknüpft mit der historischen Erinnerung an Ausgrenzung, Entrechtung, Ermordung, Diktatur und den Widerstand dagegen. Ein Ort, der unsere demokratische Kultur immer wieder neu beleben und sichtbar machen will, wie autoritäre Einstellungen in Diktaturen enden können, gleichzeitig aber zeigen, wie Mut und Zivilcourage dies verhindern können. Ein Ort, der zugleich die offizielle Gedenkstätte der Landeshauptstadt Mainz für alle Opfer der nationalsozialistischen Diktatur ist.

In mehreren multimedialen Installationen werden in einem an der Straße gelegenen Glaspavillon „Gesichter der Demokratie“ präsentiert, Persönlichkeiten, die sich in der Region Mainz/Rheinhessen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt haben. In einem angedunkelten Raum im Inneren werden im „Raum der Namen“, in einer Lichtwolke z.Zt. die Namen der aus Mainz deportierten Sinti und Juden genannt.

Jede Station beginnt mit einem kurzen einführenden Text. Jedes Thema wird mit Hilfe von Filmen, Texten und Bildern, die an Monitoren gezeigt werden, vertieft. Dokumentaraufnahmen historischer Ereignisse und Interviews mit Zeitzeug_innen illustrieren wie Mechanismen der Ausgrenzung aussehen und wirken, aber auch wie mit Zivilcourage entgegengewirkt werden kann. Die Filmbeispiele wurden von ZDF und SWR in großzügiger Weise dem „Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz“ zur Verfügung gestellt.

Die vier Stationen sind nach folgenden Leitfragen aufgebaut:

1. Wer und Wie definiert sich ein „Wir“ und wer sind jeweils „die Anderen“?
2. Ausgrenzung und Verfolgung - Wie zeigen sie sich und wen treffen sie?
3. Widerstand leisten - Was heißt das in einer Diktatur, was in einer Demokratie?
4. Demokratisches Zusammenleben in Freiheit und Gerechtigkeit – Wie geht das?

Die 4. Station: „Demokratisches Zusammenleben in Freiheit und Gerechtigkeit“ bietet über die mediale Präsentation hinaus Gelegenheit im Gespräch Bedingungen für gelingendes demokratisches Zusammenleben zu erarbeiten. Dazu gehören die Strukturen des demokratischen Rechtsstaates, die Grundrechte v.a. Presse- und Informationsfreiheit und eine Haltung der Akzeptanz, die im Gegenüber nicht den Feind sieht, sondern das gemeinsame Ringen um Lösungen in den Vordergrund stellt.

Mit der Weimarer Republik gab es in Deutschland eine „Demokratie ohne Demokaten“. Ihre Zerstörung begann im Wesentlichen von innen mit autoritären Einstellungen.

Weil Haltungen daher das entscheidende Kriterium gelingenden demokratischen Zusammenlebens sind, wurde ein Multi-User Game an Alltagssituationen entwickelt. „Was würdest du tun, wenn du einen wertvollen Ring erbst, den deine Großmutter aber von flüchtenden Juden unter damaligem Wert gekauft hat?“ In diesem interaktiven „Entscheidungsspiel“ ermöglichen die vorgegebenen Antwortalternativen eine Einteilung des Verhaltens in eher „selbstlos“, „realistisch“, „ängstlich“ oder eigennützig“. Zehn Fragen sind zu beantworten; abschließend erhält der oder die Spielende eine Auswertung als Balkendiagramm mit den vier Verhaltenskategorien. Im anschließenden Gruppengespräch kann erörtert werden, ob Selbst- und Fremdbild der Nutzerin/ des Nutzers übereinstimmen und welche alternativen Handlungsmöglichkeiten in den jeweiligen Kategorien möglich sein können.

Das „Haus des Erinnerns für Demokratie und Akzeptanz“ ist eine Bildungsstätte für Jugendliche und Erwachsene, die Gruppen nach Voranmeldung besuchen können.

Das „Haus des Erinnerns für Demokratie und Akzeptanz“ ist zugleich ein Ort lebendigen Gesprächs der Zivilgesellschaft u.a. durch Diskussionen, Vorträge, Lesungen, Filmabende...und ein Ort der Vernetzung für Vereine, Initiativen, Interessierte und alle, die sich für eine demokratische, offene Gesellschaft einsetzen.

Kontakt:

www.haus-des-erinnerns-mainz.de

info@haus-des-erinnerns-mainz.de

6. Aus aktuellem Anlass: AfD-Meldeplattform für LehrerInnen in Hamburg

Beitrag von Prof. Kerstin Pohl (Mitglied des Landesvorstandes)

Die Hamburger AfD-Fraktion ruft Schüler und Eltern dazu auf, Lehrkräfte, die angeblich das Neutralitätsgebot verletzen, auf einer Website zu denunzieren. Sie beruft sich dabei auf das Neutralitätsgebot und missbraucht dafür die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses.

Kontroversitätsgebot und Überwältigungsverbot des Beutelsbacher Konsenses fordern eine sachliche Auseinandersetzung mit den in Politik und Wissenschaft kontroversen Positionen. Dabei muss jedoch zwischen Positionen innerhalb und außerhalb des demokratischen Spektrums unterschieden werden: Kontroverse Positionen, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO) in Einklang stehen, sollten als gleichberechtigte Stimmen im demokratischen Diskurs anerkannt werden. Positionen, die demokratischen Grundwerten und Prinzipien widersprechen, müssen im Unterricht selbstverständlich thematisiert werden, aber das heißt keineswegs, dass sie als gleichberechtigte Diskurspositionen gelten dürfen. Ganz im Gegenteil: Antidemokratische

Positionen müssen von allen Lehrkräften entschieden zurückgewiesen werden!

Das ergibt sich rechtlich aus der Treuepflicht der Lehrkräfte zur FDGO (z. B. § 49 Landesbeamtengesetz RLP und §§ 7 und 33 Beamtenstatusgesetz), ohne die das von der AfD bemühte Neutralitätsgebot nicht zu verstehen ist. Es ergibt sich aber vor allem normativ aus dem Bekenntnis zu den Grundwerten der Demokratie und dem Erziehungsauftrag unserer Schulen.

Dass im Einzelfall schwierig zu beurteilen ist, welche konkreten politischen Äußerungen sich noch mit den Grundwerten der Demokratie vereinbaren lassen und welche nicht, ist eine der zentralen Herausforderungen für alle Lehrkräfte, vor allem in den Fächern der politischen Bildung. Dass zahlreiche Äußerungen von AfD-Politiker*innen den demokratischen Grundkonsens verletzen, ist aber offensichtlich: Wenn der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland eine deutsche Politikerin, die damalige Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz „in Anatolien entsorgen“ will, wenn Alice Weidel zum Auftakt der Generalausprache im Bundestag die Einwanderungs- und Asylpolitik der Bundesregierung mit den Worten kritisiert „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern“ dann sind solche Äußerungen keineswegs vom Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsens gedeckt, sondern sie müssen von allen Lehrkräften als diskriminierend und antidemokratisch bewertet und kritisiert werden.

Nicht zuletzt verstößt auch eine Plattform zur „Meldung“ von Lehrkräften, die angeblich gegen das Neutralitätsgebot verstoßen, gegen unseren demokratischen Grundkonsens: Solche Denunziationen, vor allem wenn sie wie auf der Homepage der Hamburger AfD-Fraktion anonym möglich sind,

zerstören das Vertrauen in bewährte Konfliktlösungsverfahren in einer offenen Demokratie, in der wir zum Glück immer noch leben.

Eine „Hetze“, wie die AfD schreibt, gegen solche Aktionen und Positionen verbietet sich schon aus pädagogischen Gründen – eine eindeutige Positionierung gegen solche Maßnahmen und Äußerungen ist jedoch die Pflicht jeder demokratisch denkenden Lehrkraft.

Quellen:

Homepage der AFD-Fraktion Hamburg:
<https://afd-fraktion-hamburg.de/neutrale-schulen-hamburg/>

Die Tagesthemen berichteten am Freitag 28.9.2018
(<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-453565.html>)

Einen ausführlichen, lesenswerten Gastbeitrag des Frankfurter Politikdidaktikers Prof. Dr. [Tim Engartner](#) vom 23.9.2018 mit dem Titel „Ohne Angst gegen die AfD“ finden Sie auf Zeit Online unter dem link: <https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2018-09/hamburger-schulen-afd-aufruf-linke-lehrkraefte-denunzieren>.

7. Literaturempfehlungen

In diesem Newsletter möchten wir wieder die Gelegenheit nutzen, Literaturhinweise und -empfehlungen zu geben:

- a) *Für diejenigen, die noch nicht auf die Heftreihe „Politikum“ aufmerksam geworden sind, möchte ich die neueste Ausgabe sehr empfehlen. Viele Kolleginnen und Kollegen im Verband berichten, dass sie regelmäßig Artikel aus der Heftreihe im Unterricht einsetzen.*

Sabine Achour/Peter Massing u.a. (Hg.): Politikum. Smart Democracy, Heft 3, Wochenschau Verlag, Frankfurt/M. 2018

80 S., 12,80 Euro



Über das Buch: Eine vertrauenswürdige Berichterstattung, die sich darauf besinnt, was die Aufgabe von Medien in einem freiheitlichen demokratischen System ist, wird immer wichtiger. Information und Meinungsbildung sind in demokratischen Gesellschaften seit jeher die Aufgabe von Medien. Und eine funktionierende Demokratie ist auf informierte und mündige Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wurde zu Beginn des neuen Jahrtausends noch die Macht der Medien kritisiert, steht heute ihr zunehmender Bedeutungs- und Vertrauensverlust im Mittelpunkt der Diskussion. Immer mehr Menschen haben nur noch sporadischen Kontakt mit journalistischen Medien oder lehnen diese gar kategorisch ab. Dies begann mit einer schier unendlichen Fülle nicht-journalistischer Angebote im Internet. Soziale Medien wie Facebook, YouTube oder Twitter, Suchmaschinen und alternative Medien sind heute nicht nur populäre Informationsquellen, sondern auch vielgenutzte Plattformen des Meinungsaustausches. Einerseits standen Bürgerinnen und Bürgern nie so umfassende Informationen und Kommunikationsmöglichkeiten zur Verfügung wie heute im Internet. Viele machen davon rege Gebrauch. Andererseits kursieren im „Social Web“ etliche gefühlte Wahrheiten, Hassbotschaften, Fälschungen und Gerüchte, sodass auch für den deutschen Sprachraum schon vom „postfaktischen Zeitalter“ (Eduard Kaeser) gesprochen wird. Welche Bedeutung haben Google, Facebook, YouTube usw. als Quellen der Information und der öffentlichen Meinungsbildung für unsere Demokratie mittlerweile wirklich? Ist die „Smart Democracy“ schon auf dem Weg zur „smarten Diktatur“, wie Harald Welzer meint?

Diese Ausgabe von POLITIKUM beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Funktionen sozialer Medien, mit der Veränderung der politischen Kommunikation durch das Internet und den Auswirkungen von Google, Facebook und Co. auf die politische Meinungs- und Willensbildung. Wir gehen der Frage nach, welche Gefahren von Fake News und Social Bots für die Demokratie ausgehen und welche Eckpunkte einer Ethik der Digitalisierung unabdingbar sind. Schließlich nehmen die Beiträge die Bedeutung der Digitalisierung für Geschlechterverhältnisse, die Rolle des Social Web für Jugendliche und Möglichkeiten in den Blick, wie über Social-Media-Kanäle Jugendlichen Politik nähergebracht werden kann.

Neuere Veröffentlichungen zum Social Web tendieren gelegentlich zu eindeutigen und starken Aussagen, doch die Autorinnen und Autoren hier illustrieren die Zusammenhänge in ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität.

Nähere Informationen finden Sie unter:

<http://politikum.org/>

b) *Das rheinland-pfälzische DVPB-Mitglied Veit Straßner hat in Zusammenarbeit mit Prof. Peter Massing ein neues „Wochenschau“-Heft zu einem zentralen Thema des Unterrichts erarbeitet.*

Peter Massing, Veit Straßner: Das Politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wochenschau Sek. II, Frankfurt/M. 2018

72 S., 22,80 Euro



Über das Heft: Dieses Basisheft zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht einen umfassenden Einblick in Verfassungsprinzipien, das Grundgesetz, politische Prozesse und Akteure. Anhand von schülerorientierten Materialien und problemorientierten Zugängen werden Strukturen und Entwicklungen des politischen Systems grundlegend erarbeitet und nachvollzogen.

Nähere Informationen finden Sie unter:

<http://www.wochenschau-verlag.de/das-politische-system-der-brd-2198.html>

c) *DVPB-Mitglied Klaus Barheier hat wieder eine sehr interessante Rezension verfasst, die in der Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften (zdg) im Heft 1/2018 veröffentlicht wurde. Das Heft können Sie [hier](#) bestellen.*

**Carl Deichmann,
Michael May (Hg.)
Politikunterricht verstehen und
gestalten.
218 Seiten, Springer Fachmedien,
2016**



Die Beiträge des vorliegenden von Carl Deichmann und Michael May herausgegebenen Bandes „Politikunterricht verstehen und gestalten“ gehen zurück auf eine „Tagung des Arbeitskreises ‚Hermeneutische

Politikdidaktik' der ‚Gesellschaft für politische Jugend- und Erwachsenenbildung' an der Friedrich-Schiller-Universität Jena“ (vgl. 7). Ein Hinweis zum genaueren Tagungszeitpunkt erfolgt allerdings an dieser Stelle nicht.

Der Band – das ist seine auffallende Stärke – hebt sich von manch anderen Tagungsbänden durch eine klare Struktur ab. Ausgehend von den drei Arbeitsbereichen der Politikdidaktik – „Philosophie des Faches“, „Entwicklung von politikdidaktischen Konzeptionen und Lehr-Lern-Arrangements“, Erforschung der „Unterrichtswirklichkeit“ und des „Unterrichtsgeschehens“ (vgl. 3) – übertragen die Herausgeber Carl Deichmann und Michael May einleitend den Zusammenhang auf die hermeneutische Politikdidaktik, die „in allen drei Arbeitsbereichen in je spezifischer Weise das Verstehen“ (vgl. 4) ins Zentrum rückt. Mit dem ersten Arbeitsbereich korrespondiert „die Gewinnung normativer Orientierung“, die „durch die Auseinandersetzung mit und die Auslegung von historischen, klassischen und aktuellen Texten“ erfolgt (vgl. 4). Beim zweiten Arbeitsbereich geht es u. a. um „Möglichkeiten“, bei den Lernenden „hermeneutische Fähigkeiten und entsprechend Verstehensprozesse der politischen Realität zu initiieren und zu unterstützen“ (vgl. 5). Schließlich verfolgt die hermeneutische Politikdidaktik im Kontext des dritten Arbeitsschrittes das Ziel, „Verstehensprozesse im Unterricht hermeneutisch mit interpretativen Methoden zu rekonstruieren“ (vgl. 6). Da nur der Beitrag von Alexander Gantschow über „Bürgerexistenz und Freiheitsordnung“ (17-38) sich dem ersten Arbeitsbereich widmet, ist die Entscheidung der Herausgeber nachvollziehbar, ihn den Aufsätzen zum zweiten Arbeitsbereich voranzustellen. Alexander Gantschow geht davon aus, dass „eine ethisch enthaltsame politische Bildung“ nicht „dem pädagogischen Anspruch,

Orientierung zu vermitteln,“ gerecht werden kann. Ziel seines Beitrages „ist es, zentrale Begriffe aus dem Existenzdenken für eine von den ‚Konsequenzen der Moderne' [...] herausgeforderte politische Bildung fruchtbar zu machen“ (22). Während die frühen Vertreter des Existenzdenkens – Kierkegaard und Nietzsche – sich nicht als so hilfreich für das angestrebte Ziel erweisen, lässt sich bei den nachfolgenden Denkern – genannt seien Bollnow, Fink, Jaspers und Arendt – ein deutlicher Zugang zum Politischen erkennen. Hier lassen sich tragfähige Einsichten zur von ihm eingangs aufgeworfenen und auf den Bürger bezogenen Frage „Warum wir gehorchen sollten?“ herausarbeiten. Sodann folgt der aus der Feder des Mitherausgebers Carl Deichmann stammende Beitrag „Internationale politische Situationen analysieren und beurteilen können“ (39-57). Deichmann bedient sich seines bekannten „Modells der mehrdimensionalen internationalen politischen Realität“ (41), das die handelnden Subjekte, die internationale politische Ordnung und die regulativen Ideen und Werte bei internationalen Konflikten analysiert. Die regulativen Ideen beziehen sich auf Frieden, Sicherheit, Menschenrechte und Völkerrecht. Am gewählten Beispiel der Ukraine-Krise wird erkennbar, dass das Modell Deichmanns auch den Praxistest besteht. Er belässt es nicht bei einer groben Unterrichtsskizze, sondern bietet konkrete Materialvorschläge für die Unterrichtspraxis an.

Thomas Goll sensibilisiert in seinem Beitrag „Bild- und Symbollesekompetenz als grundlegende Aufgaben der politischen Bildung“ (59-73) für die Verstehensvoraussetzungen politischer Symbolik. Er bezieht Bildmaterial mit Körperdarstellungen ein, die männliche Herrschaft symbolisieren. Schwieriger wird es allerdings, wenn einem verschlüsselte politische Symbole begegnen, sei es durch Verwendung von Buchstaben, sei es durch Zahlencodes. Letztere Materialangebote beziehen sich etwa

auf die rechte Ultra-Szene. Ingo Juchler wendet sich schließlich der „Politischen Bildung im Dokumentartheater“ (75-90) zu. Juchler betont, dass „das Theater [...], das als soziale Institution sich mit klassischen wie aktuellen gesellschaftspolitischen Themen auseinandersetzt“ zur „Urteilsfähigkeit“ beitrage (75). In den Mittelpunkt rückt er das Stück „Himbeerreich“ von Andreas Veiel, das sich u. a. zur Auseinandersetzung mit Gier, mit dem Verhältnis von Wirtschaft und Politik und mit der Staatsschuldenkrise eignet. Juchler lässt immer wieder recht konkrete Unterrichtsvorschläge, die sich z. B. auf flankierend einsetzbare Textauszüge beziehen, einfließen.

„Fächerübergreifende Verstehenskonzepte im Bereich Politik/Wirtschaft“ von Steffen Markus Piller beschließen den mit „Verstehen initiieren“ überschriebenen ersten Teil. Piller unterstreicht, dass mit einer ganzheitlichen Weltorientierung konsequenterweise ein ganzheitliches Lernen einhergehen sollte, das durch den fächerübergreifenden Unterricht geleistet werden kann. Treffend schreibt er am Ende: „Fächerübergreifende Verstehenskonzepte zeichnen sich im Bereich Politik/Wirtschaft vor allem dadurch aus, dass die inhärenten Verschränkungen beider gesellschaftlichen Teilbereiche idealtypische Schnittstellen für verbindende Unterrichtsgegenstände abbilden können und dementsprechend nutzbar sind“ (vgl. 105).

Die folgenden „drei Beiträge präsentieren Ergebnisse aus dem Arbeitsbereich sozialwissenschaftlich-hermeneutischer Unterrichtsforschung“ (vgl. 9). Unter der Überschrift „Verstehen rekonstruieren“ schlagen sie das Kapitel des dritten Arbeitsbereichs auf. Marie Winckler versucht mithilfe der „dokumentarischen Methode“, „politische Selbstbilder“ zu „rekonstruieren“ (111-128). Fragen, denen sie in ihrem Dissertationsprojekt nachgeht, lauten u. a. „Wie fühlen sich Jugendliche in die politische Welt gestellt? Auf welche Art und Weise

begegnen sie dem Politischen und wie erfahren sie sich selbst dabei? Was bedeutet das für die politische Bildung?“ (vgl. 111).

Das ambitionierte Ziel ihrer Arbeit „ist es durch eine Typologie politischer Selbstbilder von Schülerinnen und Schülern solches Wissen über das Verhältnis von Jugend und Politik bereitzustellen, das individuelle Sozialisations- und Entwicklungswege sichtbar werden lässt und mit didaktischen Fragen verbindet“ (112). Nach den theoretischen Vorüberlegungen bietet sie auch „Einblicke in die Interpretationsarbeit“ anhand zweier Interviews. Der Stand ihrer Dissertation zum Zeitpunkt dieser Publikation ermöglichte es nicht, detailliertere Ergebnisse zu präsentieren. Einen ausgereifteren Stand ihrer Forschungen spiegelt gewiss der in zdg 1/2017 von der Verfasserin veröffentlichte Artikel „Das Verstehen des Verstehens“ (74-93) wider. Hier findet sich auch schon der Verweis auf die fertiggestellte Dissertationsschrift. Alexander Lötscher lenkt das Augenmerk auf „diskursive Auseinandersetzungen“ im Unterricht (129-144). Diskurs, verstanden als eine „auf Argumentation und Gegenargumentation beruhende Form der Kommunikation“ (129) vollzieht sich in drei Phasen. Er „beginnt mit der Formulierung eines Anliegens“, schreitet fort zur Entwicklung von Positionen und mündet schließlich in Abmachungen, „um Handlungen zu organisieren“. Letztgenannte Phase fehle naheliegenderweise im Klassenraum. Lötscher rekonstruiert am Beispiel des Diskurses über die Volksinitiative ‚Strom ohne Atom‘ die Auseinandersetzung in einer ausgewählten Klasse. Dorothee Suchomel und Michael May greifen unter dem Titel „Literatur und politische Bildung. Empirische Indizien zum narrativen Ansatz am Beispiele Dostojewskijs Großinquisitor“ (145-161) den „narrativen Ansatz“ Ingo Juchlers auf. Ihr Ziel ist es, genauer „zu überprüfen, wie Schüler(innen) mit dem Text umgehen, wenn sie mit diesem konfrontiert werden“ (vgl. 149). Die beiden Einzelfalluntersuchungen in unterschiedlichen Lerngruppen fördern zutage,

dass die Schüler und Schülerinnen zu sehr auf der Textebene bleiben und zum eigentlichen Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit nicht vordringen. Drei Beiträge sind abschließend unter „Rekonstruktionen kontrollieren“ – es geht mit anderen Worten um „die methodische Kontrolle der Rekonstruktionen“ – versammelt. Florian Weber befasst sich mit dem Verhältnis von „Emotion und Kognition in der politischen Bildung“ (165-183). Er zeigt auf, wie wichtig es ist, bei politischen Lernprozessen auch die Beteiligung von Emotionen angemessen zu berücksichtigen. Das sei bislang keineswegs in der politischen Bildung der Fall gewesen (vgl. auch seinen Beitrag in zdg 1/2017, 54-73). In den Fokus bei Benjamin Moritz rücken die außerschulischen Lernorte (185-199). Trotz häufiger Begegnungen mit außerschulischen Lernorten in der Unterrichtspraxis lägen bislang keine „empirisch gesicherten Erkenntnisse darüber vor, wie sich die Interaktion zwischen Schülern und Ort gestaltet“ (vgl. 186). Der Verfasser zeigt auf, wie mithilfe der dokumentarischen Methode Exkursionen einer genaueren Forschung unterzogen werden können. Den Abschluss des gesamten Bandes bilden die Überlegungen von Stefanie Kessler zur „Subjektivität im Forschungsprozess“ (201-216), die die eigene Standortgebundenheit reflektiert und aufzeigt, wie sehr diese gegebenenfalls Interviews beeinflussen kann. Die im letzten Teil des Bandes vereinten Beiträge machen immer wieder auf sog. „blinde Flecken“ der Politikdidaktik aufmerksam und bieten Ansätze, diese zu beheben. Der gesamte Band zeichnet sich durchgängig durch seine praxisnahen Beispiele und Anbindungen aus. Die Einsichten in die – sprichwörtlichen – Forschungslabore der jüngeren Politikdidaktiker wecken zudem Neugier, die Zusammenhänge weiterzuverfolgen. Insgesamt eignet sich der Band als Einladung, der hermeneutischen Politikdidaktik noch stärker im Unterrichtsalltag Rechnung zu tragen.

Klaus Barheier Traben-Trarbach